

Links-grüne Zukunft in der Schweiz : politische Blöcke und neue Allianzen

Autor(en): **Vischer, Daniel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **31 (2011)**

Heft 60

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651649>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Links-grüne Zukunft in der Schweiz

Politische Blöcke und neue Allianzen

Beobachtet man die Entwicklung der Parteienlandschaft in der Schweiz, können zwei Tatsachen festgehalten werden: Zum einen hat sich die Stellung der Politik (und damit auch des Staates) in der Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten bemerkenswert geändert. Der Primat der Politik schwand und man kann mit Luhmann konstatieren, dass auch hierzulande das politische System zu einem Funktionssystem der Gesellschaft unter anderen degradiert wurde, die alle in der Horizontale angesiedelt sind; der Politik kommt so weitgehend keine übergeordnete Steuerungsfunktion mehr zu. Es hat sich im Gegenteil eine Überdeterminierung durch das ökonomische System durchgesetzt. Zum anderen haben sich innerhalb des politischen Systems der Schweiz die Blöcke in den letzten zwanzig Jahren rasant gewandelt. Die Verschiebungen können nicht losgelöst von der Nachkriegsentwicklung analysiert werden, die wesentlich zwei Zäsuren aufweist.

Die erste Zäsur verbindet sich mit dem historischen Jahr 1968. Dass die achtundsechziger Bewegung für die Schweiz in wichtigen gesellschaftlichen und kulturellen Bereichen tiefgreifende Erneuerungen auslöste, hat bestimmt mit der Ausstrahlung der Bewegung selbst zu tun. Sie war aber letztlich ihrerseits teilweise auch Folge einer Reformbewegung, die Mitte der sechziger Jahre begann und durch die achtundsechziger Bewegung einen neuen Schub erhielt. Die Notwendigkeit, dass die Schweiz sich modernisieren muss, wurde augenfällig, denn sonst wäre der grösste Standortvorteil nach dem Zweiten Weltkrieg, als eines der ganz wenigen europäischen Länder über einen intakten Produktionsapparat zu verfügen, alsbald zum grössten Nachteil geworden. Denn statt den Produktionsapparat schrittweise zu erneuern, setzte die schweizerische Wirtschaft viel zu lange auf den expansiven Weg der Beschaffung billiger ausländischer Arbeitskräfte, von denen in der ersten grossen Krise 1974 über eine halbe Million über Nacht wieder abgeschoben wurde. Auch in der Schweiz hat der Sputnikschock seine Wirkung nicht verfehlt. Das Anzapfen der Bildungsreserven wurde zur Staatsaufgabe. Dass der Bundesrat 1968 den damaligen HSG-Rektor Francesco Kneschaurek mit der Erstellung von Zukunftsperspektiven beauftragte, entsprach dem damaligen Zwang zur Modernisierung. Aus dem Kneschaurek-Bericht wurde übrigens ein Bericht mit enormen Auswirkungen, führte doch seine Bevölkerungsprognose mit 10 Mio. Einwohnern in der Schweiz im Jahre 2000 zu manchen Fehlplanungen (etwa in der Spitalpolitik), die später korrigiert werden mussten.

Die zweite Zäsur ergab sich mit dem Ende der Nachkriegsgeschichte 1990. Der Zusammenbruch des Ostblocks beendete auch in der Schweiz

die für sie spezifische Nachkriegsentwicklung. Dass der Fichenskandal fast zeitgleich mit dem Fall der Mauer publik wurde, verdankte sich zwar einem gewissen zeitlichen Zufall, versinnbildlicht aber gleichwohl die Besonderheit der Beendigung des Kalten Krieges in der Schweiz. Diese hatte nicht nur politische Folgen. Etwa indem die Rolle der Armee grundsätzlich unmoduliert werden musste, ohne dass bis heute eine wirkliche Einigung über deren neue Rolle hätte gefunden werden können. Auch wurde ein über die Jahre des Kalten Krieges in ganz Kontinentaleuropa herausgebildeter sozialpartnerschaftlicher und politischer Minimalkonsens über die Notwendigkeit eines gewissen Ausmasses an sozialstaatlicher Leistung im Zeitalter der Systemkonkurrenz alsbald stark erschüttert. Auch wenn in England und den USA der Neoliberalismus sich schon 1980 durchsetzte und auch in Kontinentaleuropa sowie in der Schweiz sehr wohl Anhänger fand: Die Deregulierung etwa der globalen Finanzmarktstruktur begann erst in den neunziger Jahren. Und sie verdankt sich, und das sei unterstrichen, einem politischen Akt, war aber keineswegs eine notwendige Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion – die Geschichte ist immer kontingent!

Auch in der Schweiz wurde der Shareholder value-Diskurs ab Mitte der neunziger Jahren zum Renner der Grosswirtschaft, und dies keineswegs auf den Finanzplatz beschränkt. Ich kann mich noch gut erinnern, wie Herr Bruggisser, als er 1996 die Führungsmacht bei der Swissair übernahm, einer sofortigen Umsteuerung auf den Vorrang des „share holder value“ als Firmenstrategie das Wort redete und fürs Erste einen ROIC von über 12 Prozent forderte, was für einen Industrie- und Dienstleistungsbetrieb wie die Swissair absolut unerreichbar war und blieb.

Auf politischer Ebene zerbröckelte der Nachkriegskonsens in fast allen wesentlichen Politikbereichen fast zeitgleich mit dem Aufkommen der SVP. Diesbezüglich wird heute in gewissen Kreisen beklagt, es gäbe kein „Bürgertum“ mehr, niemand vertrete mehr die bürgerlichen Werte, die letztlich auf einen Zusammenhalt der Gesellschaft angelegt gewesen seien. Es war das Bürgertum selbst, das diesen Konsens aufkündigte, weil es keine einheitliche Strategie gegen den Rechtspopulismus fand.

Ich gehe im Folgenden von drei politischen Blöcken aus, die gegenwärtig die politische Parteienlandschaft der Schweiz prägen. Und frage nach den Bedingungen eines vierten zukunftsweisenden Blockes. Sie entsprechen spezifisch schweizerischen Bedingungen und sind nicht einfach übertragbar auf andere westliche Länder.

Erster Block: Schweizerische Volkspartei / SVP

Auf der rechten Seite des politischen Spektrums ist in den letzten fünfzehn Jahren ein politischer Block entstanden, der immer deutlicher im gesamten bürgerlichen Lager einen ideologischen Führungsanspruch zu erheben

begann: der von der SVP allein bestimmte Block der „reaktionär-konservativ neoliberalen Wende“. Die SVP predigt zwar eine „konservative Revolution“, die indes nichts mit der konservativen Revolution der zwanziger und dreissiger Jahre des letzten Jahrhunderts in Deutschland zu tun hat. Abgesehen von der spezifischen Konstellation nach der Kriegsniederlage 1918 und der Novemberrevolution verstand sich die traditionelle konservative Revolution als Gegenpart zum neuen Typ der durch Amerika geprägten Industriegesellschaft des motorisierten Farmertums und der Fließbandproduktion – der ja auch Lenin in einem gewissen Sinne als Vorbild diente. Mithin war sie ein Reflex auf die kapitalistische Modernisierung. Die SVP hingegen ist, so heimatverbunden sie auch auftreten mag, so sehr sie die Sorgen der Globalisierungsoffer des Binnenmarktes aufzunehmen und zu verteidigen vorgibt, entgegen vieler Annahmen gerade nicht eine Antiglobalisierungspartei und wirtschaftliche Antimodernisierungspartei! Sie ist zwar Anti-EU, aber dennoch für jedes Freihandelsabkommen mit wem auch immer.

Ihren Siegeszug auf elektoraler Ebene begann sie mit einer gesellschaftspolitisch zentrierten Kampagne eines Zurückgehens hinter die „Reformen von 1968“, also zurück in die Mitte der 60er Jahre, als die gesellschaftliche Modernisierung des Justizwesens und des Bildungswesens eingeleitet wurde. Das berühmt-berüchtigte SVP-Messerstechinserat von 1993 wurde hierfür zum Fanal. Gleichzeitig setzte sie die Schwarzenbach-Politik in der Ausländerfrage fort und passte sie an die neue multiethnische und -religiöse Situation der hier lebenden AusländerInnen an. Zuerst in Form einer Antibalkan-, alsbald einer Antiislam-Vendetta. Dazu kam das fundamentale Nein zu jeder Annäherung an die EU, worin die SVP eine klare Meinungsführerschaft erwarb, was zur fatalen Konsequenz führte: Die EU-Beitrittsfrage wurde fälschlicherweise zu einer Links-rechts-Frage, was heute allerdings in Wandlung begriffen ist.

Mit diesem klassischen Rechtskurs allein wäre die SVP bestenfalls bei einem 20 Prozent-Wähleranteil geblieben, weshalb sie eine neoliberale Wende vollzog und mit einer offensiven Steuersenkungspolitik im Zentrum punkten ging. Ebenso stand sie für Deregulierung und Privatisierung und mutierte immer mehr zum politischen Hauptansprechpartner von Economiesuisse. Es war dabei sicherlich der Figur Blochers zu verdanken, diese Wende nicht nur durchzusetzen, sondern auch durchzuhalten und damit einen Einbruch der SVP bis weit ins freisinnige Establishment herbeiführen zu können. Die SVP war damit nicht mehr vor allem die Partei des Gewerbes; nachdem die Grossbank UBS und teilweise auch die CS die Ebnersche Investmentpolitik übernommen hatte, wurde sie alsbald auch zur Partei der UBS und von Teilen des Finanzplatzes, die 1992 bei der EWR- Abstimmung Blocher noch als Schädling gebrandmarkt hatten.

Pikant und paradox ist: Trotz ihres Geschäftsmodells „Die Schweiz den Schweizern“ ist die SVP die politische Kraft, welche nicht nur die seit

dem Zweiten Weltkrieg historisch real gewachsene moderne Schweiz am meisten in Frage stellt. Auch 1848 war für sie nie der Anknüpfungspunkt, vielmehr sehnt sie sich nach einer Schweiz vor 1848 respektive 1898. In diesem Sinne ist die SVP die Anti-1968er wie die Anti-1848er Partei. Zugleich ist sie die Anti-Verfassungspartei, die mit immer neuen Volksinitiativen und Referenden, die als Plebiszite verstanden werden, sowie mit einer zuweilen dreisten Infragestellung der Institutionen die verfassungsmässige Grundrechtsordnung auszuhebeln versucht, was nicht gelingen wird. Und sie ist Auto- und Anti-Umweltpartei.

Die Stärke dieses Blockes beruht auch auf der Schwäche des zweiten „Mitte“-Blocks, er profitiert von der Auflösung der Parteibindungen und verfügt mit seinem Hyper-Eurozentrismus im Sinne einer abendländischen Referenz gegen alles Nicht-Abendländische und dem dazu ja auch in Gegensatz stehenden Anti-EU-Kurs über eine feste ideologische Klammer. Er kann 30 Prozent bei Wahlen mobilisieren, aber kaum mehr; Volksabstimmungen allerdings können alle gewinnen!

Zweiter Block: FDP, CVP, BDP und GL

Den zweiten Block bilden die „Altetablierten Staatsparteien“, die auch die Parteien der „Wirtschaftsförderung und Wachstumsmoderne“ sind. Er setzt sich aus den seit dem Zweiten Weltkrieg bis Mitte 90er Jahre dominierenden bürgerlichen Parteien zusammen: FDP, neu zusammen mit den Liberalen, CVP und der BDP als übriggebliebenem Rest der alten Berner SVP als Staatspartei, die jahrelang einen Bundesratssitz fest innehatte, und der bündnerischen Staats-SVP, ehemals Demokraten. Seine jahrelange Dominanz verdankte sich auch dem Umstand, die Schweiz aus zwei Weltkriegen herausgehalten zu haben, eine historische Tatsache, die nach Ende des Kalten Krieges an Bedeutung zu verlieren begann.

Dieser Block beansprucht noch immer die Wirtschaftsführerschaft, ohne über sie wirklich noch zu verfügen. Vielmals kooperiert Economiesuisse vornehmlich mit der SVP, welche diesen Block in der Steuerpolitik, der Sozialpolitik – IV! – immer wieder gehörig unter Druck setzt. Nicht zuletzt der Freisinn verlor seine Glaubwürdigkeit als Wirtschaftspartei aufgrund der fehlenden Persönlichkeiten, die etwa Industriepolitik noch glaubwürdig repräsentierten. Das Image einer staatstragenden Partei, die die FDP ja einmal war, ist aus verschiedenen Gründen verlorengegangen.

Dieser Block ist eine Folge des Endes des Kalten Krieges und des Zerbröckelns des Nachkriegskonsenses. Bis zu diesem Zeitpunkt sicherte er die Rahmenbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft als „ideeller Gesamtkapitalist“. Die bis dahin geltenden Leitplanken: starke Schweizer Armee – auch als Lebensschule der Nation –, gemässigte Sozialpartnerschaft, Konkordanz auf der Basis eines gleichen Grundverständnisses, Modernisierung der Infrastruktur und des Bildungswesens fanden immer

weniger eine breite Zustimmung und wurden in diesem Block auch zusehends selbst in Frage gestellt. Zu gross war die Angst vor Wählerverlusten an die SVP. Hinzu kam 1992 die Niederlage beim EWR, die für diesen Block eine andere Qualität aufwies: Der EWR galt als Dauerlösung, und nicht wie für die SP – sowie für SVP-Bundesrat Ogi und andere – als „Trainingscamp“ für den EU-Beitritt.

Erstaunlich dabei aber ist: Dieser Block war und ist der Motor der Bilateralen, die sich bislang als Erfolgsgeschichte verstehen lassen. Es gelang namentlich in wirtschaftlich wichtigen Bereichen eine Integration, durch die die Notwendigkeit eines EU-Beitritts eher gebannt als beschleunigt wurde, und dies mit Unterstützung von links-grün und gegen die SVP – eigentlich ein Paradox, denn ohne Bilaterale wäre der Druck zum Beitritt wohl nochmals stärker geworden.

Die Chance und Zukunft dieses Blockes wird stark davon abhängen, inwieweit er in der jetzigen Phase der Globalisierung, die zu einer globalen Multipolarisierung weg von der angelsächsischen Vorherrschaft – Ende der Pax Americana, Ende des angelsächsischen Weltfinanzdiktats – führen wird, der Schweiz als Wirtschaftsstandort neue Perspektiven weisen können. Seine Chance ist umso grösser, je mehr er wieder zur alten Rolle unter neuen Bedingungen eines „ideellen Gesamtkapitalisten“ zurückfindet, was er nur im Bündnis mit der Linken und den Grünen wird durchsetzen können! Der Freisinn, auf den es ankäme, müsste sich auf eine neue Finanzplatzpolitik besinnen, weg vom Invervestmentbanking plus Weissgeldstrategie und hin zu einem Finanzplatz, der sich weg von angelsächsischer Abhängigkeit auf die neuen Finanzzentren der Welt auszurichten beginnt, auf die Beendigung des Shareholder value-Zeitalters.

Das Problem von CVP und FDP ist, dass sie als sogenannte „Mitte“-Parteien nach rechts und links Stimmen verlieren. Realistisch gesehen ist der Spielraum grösser, in den Stammlanden von rechts Stimmen zurückzuholen, als in den urbanen Zentren von der Linken. Genau deshalb driftet dieser Block auch mehr nach rechts; FDP- und CVP-Wählende stimmten in grossen Teilen flächendeckend für die Minarett- wie für die Ausschaffungsinitiative. Mit dem Atomausstieg könnte sich hierbei indessen eine Wende anbahnen, die insgesamt neue Dimensionen eröffnen würde. Nicht nur, weil die Grünliberalen zum neuen Player in diesem Block avanciert sind. Sondern weil ihn der Atomausstieg vollends spalten könnte.

Dritter Block: Die Linke – SPS, Gewerkschaften und Grüne Partei

Durch die SVP hat sich auch die Rolle der SPS geändert, sie wurde zur Polpartei. Lange war die SPS in Konkurrenz zu und mit der FDP die zentrale Playerin des Landes, auch wenn sie oft an bürgerlichen Mehrheiten scheiterte. Den wohl grössten Einfluss hatte die SPS dabei in der Nachkriegszeit nach dem Beginn der neuen Zauberformel von 1959, als

sie mit zwei Sitzen in den Bundesrat einzog. Sie war fraglos der Hauptmotor der Reformphase der Sechziger und frühen Siebziger Jahren („Tschudi-Tempo“). Gleichzeitig florierte die Sozialpartnerschaft mit teilweise zehnpromtigen Lohnzuwachsen in einzelnen Branchen, es waren die Zeiten der Hochkonjunktur.

Mit der Neuen Linken, die mit der POCH ab 1972 in die kantonalen Parlamente und 1979 in den Nationalrat einzog, formierte sich in den Grosstädten eine recht breite Szene verschiedener Organisationen, die sich als grundsätzlich antisozialpartnerschaftlich verstanden und der Solidarität mit den ausländischen Arbeitern und der Dritten Welt Vorrang einräumten. Mit der Anti-AKW-Bewegung, die wesentlich von der Neuen Linken mitinitiiert wurde, geriet die ungebremsste Fortschrittsgläubigkeit genauso ins Wanken wie der Glaube an die Autogesellschaft durch die Infragestellung neuer Autobahnen und Stadumfahrungen. Dieser Diskurs, der jahrelang zu Auseinandersetzungen innerhalb der SPS und zwischen ihr und der Neuen Linken führte, hat sich weitgehend aufgehoben. Einmal weil die SPS ihn in ihre Politik sukzessive und dann vor allem nach 1990 aufnahm, nicht zuletzt auch, weil ein Teil der Neuen Linken in die SPS übertrat – ein anderer ging zu den Grünen, ein dritter gründete die Alternative Liste oder ging zur PdA.

Mit dem Ende des Kalten Krieges wurde die Sozialpartnerschaft nicht mehr vornehmlich von links, sondern nun mehr von rechts in Frage gestellt. Das ging auf der politischen Ebene einher mit dem Versuch der Kappung der Sozialversicherungssysteme, der mit Ausnahme der letzten ALV-Abstimmung bislang erfolgreich abgewehrt werden konnte, was hinsichtlich der IV generell nicht gilt. Die Rolle der SPS als sozialpolitische Reformpartei wurde mithin beschränkt, sie konzentriert sich auf Abwehr – ja, sie hat ein Hartz IV verhindert! –, derweil für offensive Schritte, flexible vorzeitige Pensionierung etwa, wenig Spielraum bleibt. Als Reformpartei konzentriert sie sich mit Erfolg auf den Infrastrukturbereich, namentlich die SBB, wo es immer noch genügend Bündnispartner gibt, die im Sinne des „ideellen Gesamtkapitalisten“ die Notwendigkeit eines sogar kostspieligen Ausbaus meistens einsehen. Die Rolle der SPS fokussiert denn auch auf ihre sozialpolitische Garantstellung, sie ist die Partei des Service public. Natürlich ist sie auch im Umweltschutz Mitplayer, obgleich hier die Grünen die Meinungsführerschaft beanspruchen. In gesellschaftspolitischen Fragen wie dem Frauenstimmrecht oder der Gleichstellung war die SPS lange Motor. Diese Themenbereiche sind indes immer stärker von der Parteipolitik im engeren Sinne entkoppelt, wobei die Parteien oft nachvollziehen, was gesellschaftliche Entwicklungen respektive soziale Bewegungen, die schneller sind, bereits thematisiert haben.

Die Grünen bewegen sich heute an der Zehn-Prozent-Grenze. Die SPS hatte ihre grosse Zeit in den sechziger und siebziger Jahre, wo sie als Partei mit rund 25 Prozent mit der FDP jeweils um den Rang als stärkste

Partei stritt. Addiert man indes die damalige Stärke der PdA und/oder POCH zu jener der SPS, dann erreichte sie gesamthaft gesehen nie die Stärke von heute zusammen mit den Grünen, nämlich 30 Prozent. Würde man den Landesring hinzunehmen, würde sich ein etwas anderes Bild ergeben, allerdings wies der Landesring immer einen stramm bürgerlichen Flügel auf! Das Problem indes scheint zu sein, dass SPS und Grüne einen gewissen gemeinsamen Plafond erreicht haben, was sich durch den Eintritt der Grünliberalen in die Parteienlandschaft noch verstärkt zu haben scheint.

Die Grünen haben sich in ihrer parlamentarischen Entwicklung sozialpolitisch der SPS immer mehr angenähert. Und dass einmal von den Grünen als „bürgerliche Grüne“ gesprochen wurde, scheint bald schon nicht mehr wahr zu sein. Gleichzeitig wurde die SPS insgesamt immer grüner. Unterschiede, etwa in der Frage der Auslandseinsätze der Armee, gibt es immer noch genug. Aber nach aussen wirken Grüne und SPS dennoch in Bern als ein Block; in einigen kantonalen Parlamenten mag dies sehr wohl etwas anders aussehen.

Die SP bleibt jedoch eine auf Wirtschaftswachstum fixierte Partei, das ist Bestandteil ihrer Sozialpolitik. Und gerade darin liegt das Problem. Die Wirkungskraft freilich erscheint angesichts der aktuellen und absehbaren Mehrheitsverhältnisse eher beschränkt. Mehrheiten mit der CVP in umwelt- und sozialpolitischen Fragen ergeben sich nur selten, mit dem Freisinn allenfalls in gesellschaftspolitischen Fragen, während mit der SVP ab und an durchaus sinnvolle Verhinderungscoalitionen möglich werden. Insgesamt ist die SPS-Politik immer wieder mal gelähmt durch die Offensiven der SVP, deren Erfolge letztlich aber auch überschätzt werden. Die SVP ist die Partei der Agglomerationen. Ohne Terraingewinn in den Agglomerationen ändern sich die Mehrheitsverhältnisse nicht zugunsten von links-grün. Dass dies nicht gelingen kann, dafür gibt es keine soziologischen Gründe, mithin liegt es weitgehend am schwachen Auftreten und an inadäquaten Vorschlägen für Problemlösungen.

Vierter Block der Zukunft: die neue links-grüne Mehrheit

Mit dem Eintritt der Grünen in den achtziger Jahren in die Grosspolitik wurde das politische Spektrum neu strukturiert. Auch wenn die Neue Linke bereits ökologische Themen aufgegriffen hatte, prägend in der Anti-AKW-Bewegung war: Erst dem Wahlsieg der Grünen 1987 verdankte sich der Einbruch der Ökologie in den sachpolitischen Zusammenhang der Parteien. Lange war unklar wie „links“ die Grünen seien. Aus heutiger Sicht ist dies die falsche Frage. Denn „links“ orientiert sich hier an einem traditionellen „Linksbegriff“, und genau der ist zu hinterfragen. Er rekurriert letztlich noch immer auf den Anspruch auf soziale Besserstellung der in den Metropolen lebenden Menschen und glaubt, dies einzig durch Wirtschaftswachstum erreichen zu können.

Bereits 1972 stellte der „Club of Rome“ mit seinem Bestseller „Grenzen des Wachstums“ erstmals die Wachstumsfrage. Anfänglich gerade von der Linken belächelt, bleibt sie bis heute die zentrale Frage der globalen ökologischen Wende. Die Wachstumsgesellschaft ist nicht nur ein Auslaufmodell, sie zerstört in horrendem Tempo die natürlichen Lebensgrundlagen und hat nicht nur binnenpolitisch in den Metropolen, sondern auch global die Schere zwischen den höchsten und tiefsten Einkommen in den letzten fünfzehn Jahren, eine Folge der vielfach auch von links gefeierten Globalisierung, deutlich geöffnet.

Wollen die Grünen tatsächlich zum vierten eigenständigen Block werden, müssen sie gerade die Auseinandersetzung um die Krise der Wachstumsgesellschaft und den Atomausstieg forcieren. Sie hat Implikationen hinsichtlich aller heutigen politischen Grosskampfplätze wie Zuwanderung (wobei das Problem nicht die Anzahl ist, sondern das Wirtschaftswachstum als Anwerbungsmotiv), Wohnungsnot (Beschränkung des Wohnraums pro Kopf oder Mobilität), Bauverbot auf dem Land, Vergrösserung der Städte. Es ist auch der einzig globale Zugang. Ein Welt, in der pro Kopf-Anteil in allen Ländern so viele Autos fahren wie im Westen, ist nicht überlebensfähig. Nur Eurozentristen predigen aber den Chinesen, masszuhalten, ohne es selber zu tun!

Das grösste Missverständnis besteht darin, dies mit einer Rückkehr zum Fundamentalismus gleichzusetzen. Das Gegenteil ist wahr: Wer den Fundamentalismus der Wachstumsgesellschaft nicht bekämpft, dessen Fuss bleibt im Sumpf des alten Paradigmas stecken. Gerade daran misst sich auch die Differenz zu den Grünliberalen, die sich als Mischung von Grün und Economiesuisse verstehen; viele ihrer Wähler haben das noch nicht bemerkt. Beim kommenden Wahlkampf werden zwei Kernthemen im Vordergrund stehen: Atomausstieg und Zuwanderung. Bei beiden geht es zentral um die Wachstumsgesellschaft.

Die Parteienlandschaft der Schweiz ist im Wandel. Dabei befinden wir uns in einer Übergangsphase, international wie national. Die Pax americana steht vor der Ablösung, ohne dass die Konturen der neuen Weltordnung schon klar wären. Die Globalisierung verliert an Dynamik und eine gewisse Reterritorialisierung mit dem Fokus auf verschiedene Weltzentren macht sich bemerkbar. Eine neue, noch tiefere Weltfinanzkrise bleibt möglich. Auch der schweizerische Finanzplatz wird sich neu ausrichten müssen.

Gelingt es der Linken und den Grünen mit ihren je eigenen Schwerpunkten, das Heft zu wenden und die Initiative an sich zu reißen, ohne sich von einer von der SVP finanzierten Politodynamik ablenken zu lassen? Den Grünen fällt diese Rolle nur zu, wenn sie mit einem nicht auf Wachstum basierten ökologischen Wirtschaftskonzept auffahren können, das in der Fussabdruck-Initiative angelegt ist; dafür braucht es aber zusätzliche Grundlagen. Generell gilt: Wer weiterhin Globalisierung und internatio-

nale Vereinbarungen überbewertet, verkennt die Zeichen der Zeit und vergibt politische Handlungsmöglichkeiten hier in der Schweiz.

Ob und in wie weit sich die SPS und auch die Gewerkschaften neu strukturieren und ausrichten werden, ist nicht genau vorhersehbar. Sinn macht es, wenn sich SPS und Grüne weiterhin vor allem für ihre eigenen Belange zuständig sehen; weniger „gefühltes Zusammengehören“ schärfte dabei vielleicht sogar den Geist. Und wer meint, die Mehrheit der Jugend befinde sich in einem Konsumrausch und stehe abseits der Politik, könnte sich ähnlich täuschen wie die gesamte Politszene vor dem 30. Mai 1980. Jedenfalls hat es selten mehr besetzte Häuser in Zürich gegeben wie derzeit.

Die Konkordanz und die Zauberformel der Zukunft sind noch nicht gefunden. Dabei sollte es vielleicht gar nicht um die Frage „Pro oder Contra SVP?“ gehen. Sondern darum, ob nicht plötzlich der Atomausstieg mit seinen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft eine neue Regierungsmehrheit schafft, die über eine gewisse Wegstrecke das Land führt.

Abkürzungen

ALV	Arbeitslosen-Versicherung
BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei
CVP	Christliche Volkspartei
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei
GL	Grünliberale Partei
HSG	Hochschule St. Gallen
IV	Invaliden-Versicherung
PdA	Partei der Arbeit
POCH	Progressive Organisationen Schweiz
ROIC	Return on Invested Capital
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP	Schweizerische Volkspartei



EU-kritisch, ökologisch, sozial

Postfach, 8048 Zürich

fax: 031 731 29 13

forum@europa-magazin.ch

<http://www.europa-magazin.ch>